

n



Auf den Kopf gestellt? Das Rote Rathaus spiegelt sich in einem Autodach.

Beamte in Sorge Verwaltung soll politischer werden

Von Julius Betschka

CDU und SPD wollen die Führung der Berliner Senatsverwaltungen umstrukturieren und bauen sie nach dem Vorbild von Bundesministerien um. Dazu werden die persönlichen Stäbe der zehn Senatsmitglieder mit mehr Personal und mehr Ressourcen ausgestattet. Das geht aus einer Senatsvorlage der Finanzverwaltung von Stefan Evers (CDU) hervor, die am Dienstag beschlossen werden soll

8301,14

Euro brutto im Monat sollen die neuen Leiter der Leitungsstäbe verdienen.

und die dem Tagesspiegel vorliegt. Zuerst hatte die „Berliner Morgenpost“ darüber berichtet.

Die beiden Parteien planen, eine zusätzliche Leitungsebene in die Senatsverwaltungen zu integrieren, sogenannte Leiter der Leitungsstäbe. Bisher verfügen die Senatsmitglieder nur über Büroleitungen. Die neuen Leiter der Stäbe sollen deutlich besser bezahlt werden als die bisherigen Mitarbeiter. Sie erhalten die Besoldungsstufe B2, was brutto rund 8300 Euro entspricht. Die bisherigen Referenten wurden nach der

Stufe E15 bezahlt, das sind je nach Erfahrung 5017 bis 7144 Euro brutto im Monat. Als Begründung gibt Finanzsenator Evers in seiner Vorlage an: „Zur Professionalisierung der Strukturen und Anpassung an die personellen Erfordernisse ist eine aktualisierte Beschlusslage des Senats herbeizuführen.“ Dahinter steht offenbar auch der Wunsch, die Häuser künftig politischer führen zu können.

Bisher verfügten Senatsmitglieder nur über eine persönliche Büroleitung, deren Stellvertretung sowie Sprecher, die direkt an sie berichteten. Künftig sollen diese Organisationsaufgaben bei den Leitern der Leitungsstäbe gebündelt werden, die so auch stärker in die Häuser hineinwirken sollen. Ihre Verträge sind an die Amtszeit der Senatsmitglieder gebunden, nicht an die Legislaturperiode.

Abteilungsleiter oft wie Fürsten

In der Verwaltung herrscht teils Aufruhr: Um mehr als 8000 Euro monatlich zu verdienen, müssen Verwaltungsangestellte langjährige Berufserfahrungen mitbringen, brauchen Führungsverantwortung über ganze Referate oder Abteilungen. Für Ärger sorgt nun, dass ausgerechnet die persönlichen Mitarbeiter der neuen Führungen finanziell deutlich besser gestellt werden. Dahinter steckt aber wohl auch die Sorge, künftig mit einer weiteren politischen Ebene im Haus konfrontiert zu sein. Oft sehen sich altgediente Abteilungsleiter als Fürsten über ihr eigenes Reich – unabhängig von der Couleur der Spitze.

SPD und CDU halten eine Vorlage ans Abgeordnetenhaus nicht für erforderlich, wohl auch, um sich eine Debatte über „eine Versorgungsmentalität für Vertraute“ zu ersparen. Linke, Grüne und AfD kritisierten den Schritt teils scharf. Verhindern lässt sich die Debatte aber ohnehin nicht mehr: Die Opposition will das Thema bei der Plenarsitzung am Donnerstag auf die Tagesordnung bringen.